

Innovationsschub auslösen – Fesseln lösen

DIHK-Innovationsreport 2026

#GemeinsamInnovativ

DIHK Deutsche Industrie- und Handelskammer

IHK Deutsche Industrie- und Handelskammern

Inhaltsverzeichnis

Das Wichtigste in Kürze 3
I. Innovationsdynamik unter Druck 4
II. Rahmenbedingungen bestimmen weitere Entwicklungen 5
III. Weniger Schwung für künftige Innovationen 11
Fragebogen 15

Das Wichtigste in Kürze

Innovationsdynamik bricht ein

Erstmals wollen mehr Unternehmen ihre Innovationsaktivitäten zurückfahren als sie zu erhöhen: Der Anteil der Unternehmen mit höherer geplanter Innovationsaktivität sinkt von 38 Prozent im Jahr 2023 auf 25 Prozent. Zugleich verdoppelt sich der Anteil mit geringerer geplanter Aktivität von 15 auf 32 Prozent. Der Innovationssaldo, die Differenz aus Unternehmen mit höherer geplanter Innovationsaktivität und niedrigerer, fällt damit von +23 auf −7 Punkte, eine Verschlechterung um rund 30 Punkte.

FuE-Rahmenbedingungen stagnieren

Die Unternehmen bewerten die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung im Bund mit der Schulnote 3,5. Damit ist gegenüber 2023 eine leichte Verschlechterung erkennbar. Bund, Länder und EU sollten deshalb verlässlichere und praxistauglichere Bedingungen schaffen, damit Unternehmen wieder mehr in Forschung und Entwicklung investieren.

Innovationsaktivitäten werden selektiver

Die geplanten Innovationsaktivitäten nehmen ab: Die Akquise ausländischer Fachkräfte und Forschender sowie die spezifische Qualifizierung der Mitarbeitenden verlieren an Relevanz. Auch Kooperationen mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen verlieren deutlich an Bedeutung. Viele Betriebe konzentrieren ihre knappen Ressourcen damit stärker auf unmittelbar umsetzbare Vorhaben im bestehenden Kerngeschäft durch eine geplante stärkere Weiterentwicklung bestehender Produkte, Dienstleistungen und/oder Geschäftsmodelle.

Innovationshemmnisse wirken sich stärker aus

Innovationshemmnisse wie bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess und fehlende steuerliche Begünstigungen von Eigenkapital wirken sich auf die meisten Unternehmen aus. Die Mehrheit der Unternehmen sieht den hohen Aufwand, um Normen, Standards und Zertifizierungen abzufragen, als größtes Innovationshemmnis. Bei mehr als 80 % der Unternehmen bremst dies die Innovationskraft.

Regulierungen und Bürokratie bremsen Innovationen

Für mehr als vier von fünf Unternehmen bindet die Erfüllung von Normen, Standards und Zertifizierungen wichtige Ressourcen, die im weiteren Innovationsprozess fehlen. Hohe bürokratische Anforderungen belasten die Unternehmen zusätzlich. Statt neue Lösungen zu entwickeln, müssen Betriebe einen wachsenden Teil ihrer Kapazitäten für Dokumentation und Verfahren einsetzen.

Förderprogramme wirken, falls sie genutzt werden

Vier von fünf Unternehmen finanzieren ihre Innovationen aus Eigenkapital und tragen damit einen erheblichen Teil des finanziellen Risikos selbst. Die Erfahrungen der Nutzenden mit Förderprogrammen fallen überwiegend positiv aus. Die gute Bewertung steht jedoch einer weiterhin begrenzten Nutzung gegenüber, unter anderem wegen mangelnder Bekanntheit, komplexer Anträge und langer Entscheidungszeiten. Die steuerliche Forschungszulage erreicht KMU bislang nur begrenzt: Lediglich 10 Prozent nutzen das Instrument. Einfache Zugänge und ausreichende finanzielle Spielräume bleiben daher entscheidend.

I. Innovationsdynamik unter Druck

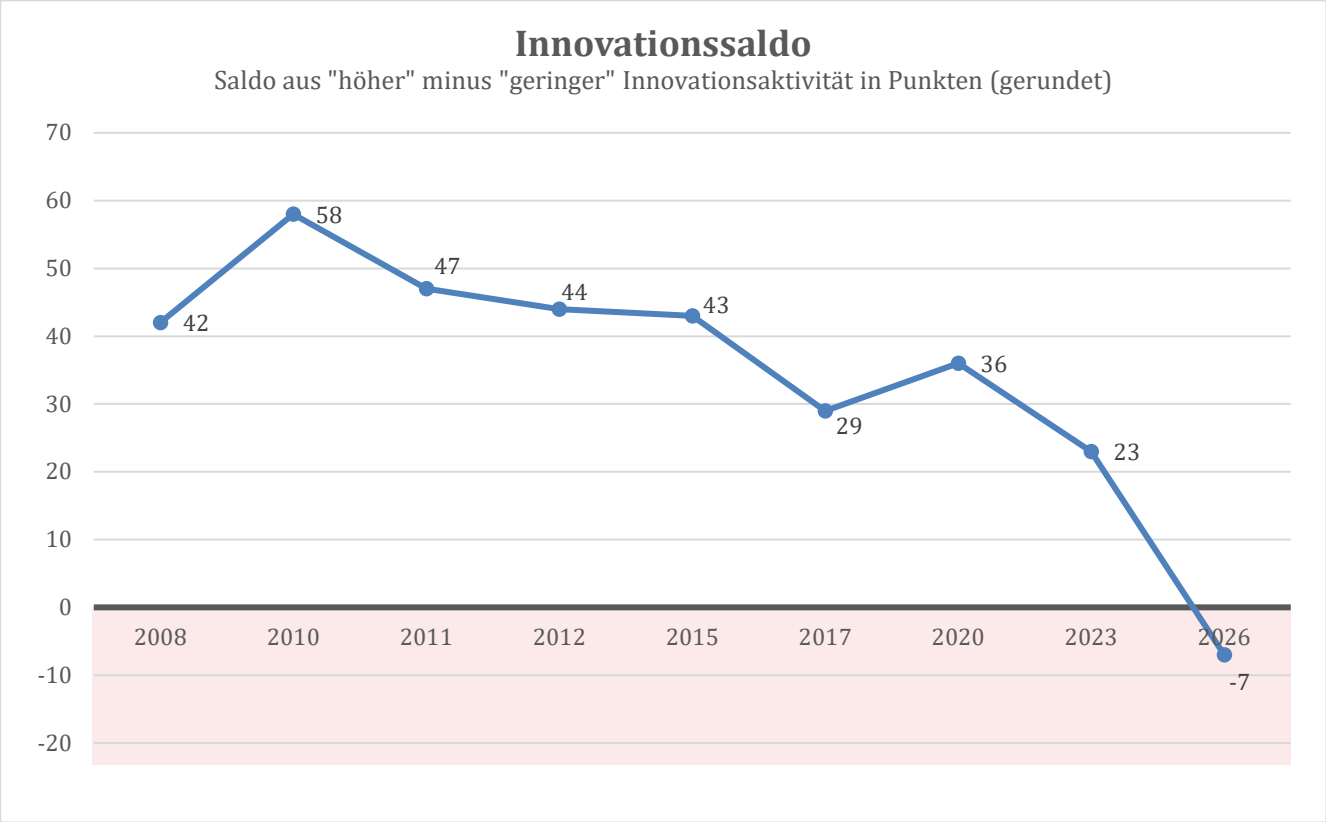


Abbildung 1: Innovationssaldo im Zeitverlauf

Die Innovationsdynamik in der deutschen Wirtschaft sinkt besorgniserregend: Weniger Unternehmen wollen ihre Innovationsaktivitäten ausweiten, zugleich plant ein wachsender Anteil, sie zurückzufahren. Erstmals seit Beginn der Erhebung 2008 liegt der Innovationssaldo, die Differenz aus Ausweitung und Verringerung, auf einem Rekordtief im negativen Bereich von −7 Punkten. Im Vergleich zur letzten Umfrage von 2023 sind dies 30 Punkte weniger. Besonders angespannt ist die Lage im Mittelstand. Bei kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 249 Beschäftigten sinkt der Saldo auf −10 Punkte.

Die Ergebnisse sind mehr als eine Momentaufnahme der schwachen Konjunktur. Innovationshemmnisse engen die Handlungsspielräume der Betriebe zunehmend ein. Das ist ein Warnsignal für den Standort: Bleiben Investitionen in Forschung, Entwicklung und betriebliche Erprobung aus, schwächt dies auf Dauer Produktivität, technologische Souveränität und die Fähigkeit, neue Märkte zu erschließen. Die Stagnationsphase kann daher ohne Umsteuern in langfristig anhaltende Schwierigkeiten für den Standort Deutschland und damit Wachstum und Wohlstand verhindern.

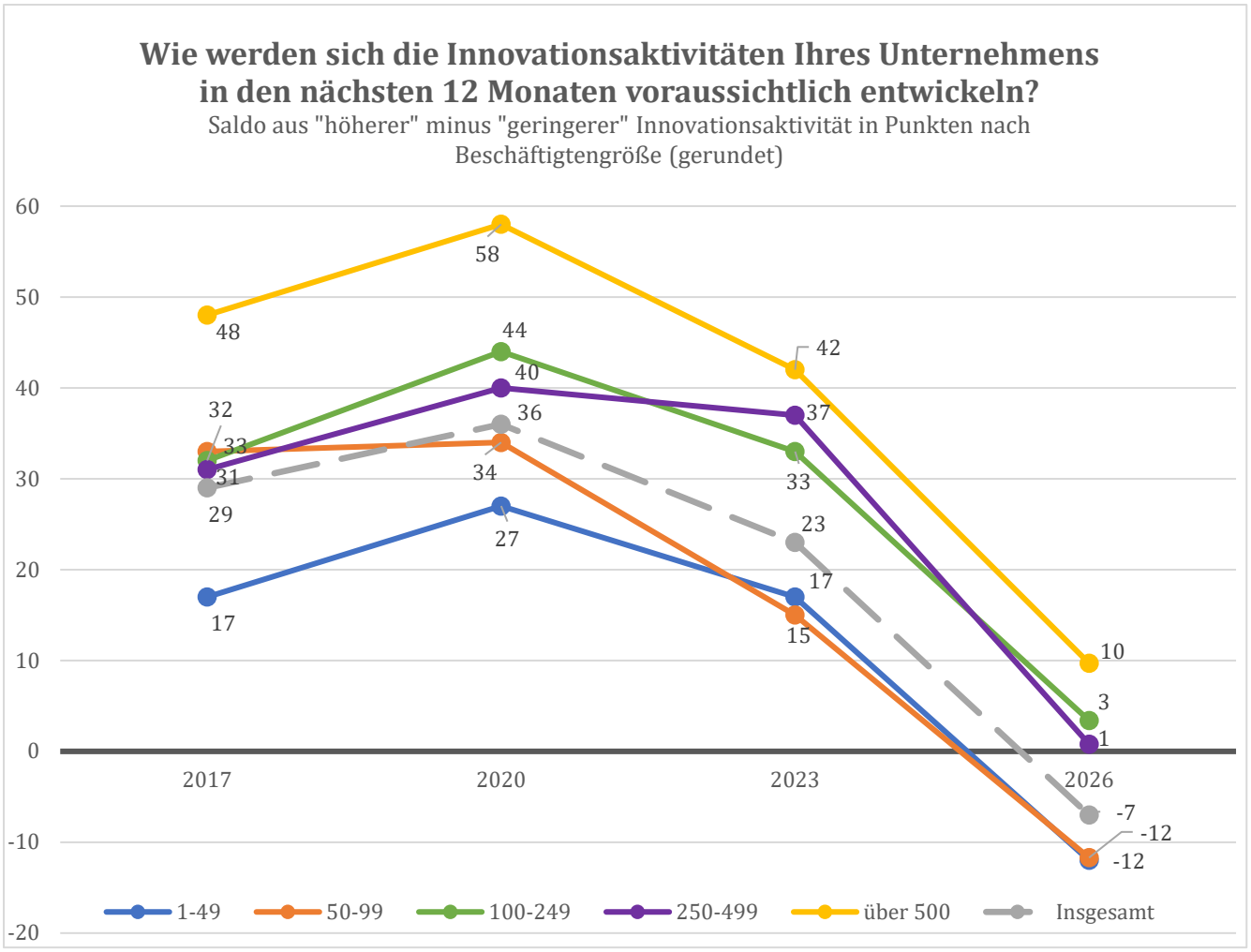


Abbildung 2: Innovationssaldo nach Unternehmensgröße im Zeitverlauf

Der Blick auf die Unternehmensgrößen zeigt: Besonders kleinere und mittlere Unternehmen geraten unter Druck. Während die Industriebranche einen Saldo von 0 Punkten hat und die Dienstleistungsbranche mit −7 Punkten im Durchschnitt liegt, stürzt der Innovationssaldo in der Baubranche (−18 Punkte) sowie der Handelsbranche (−26 Punkte) stark ab.

II. Rahmenbedingungen bestimmen weitere Entwicklungen

Ob Unternehmen neue Ideen in marktfähige Produkte, Verfahren und Geschäftsmodelle überführen, hängt nicht zuletzt entscheidend an den Standortbedingungen. Die Ergebnisse zeigen jedoch: Hemmnisse im Innovationsprozess erschweren Innovationen zunehmend. Bund, Länder und EU sind deshalb gefordert, verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen für betriebliche Forschung und Entwicklung zu schaffen.

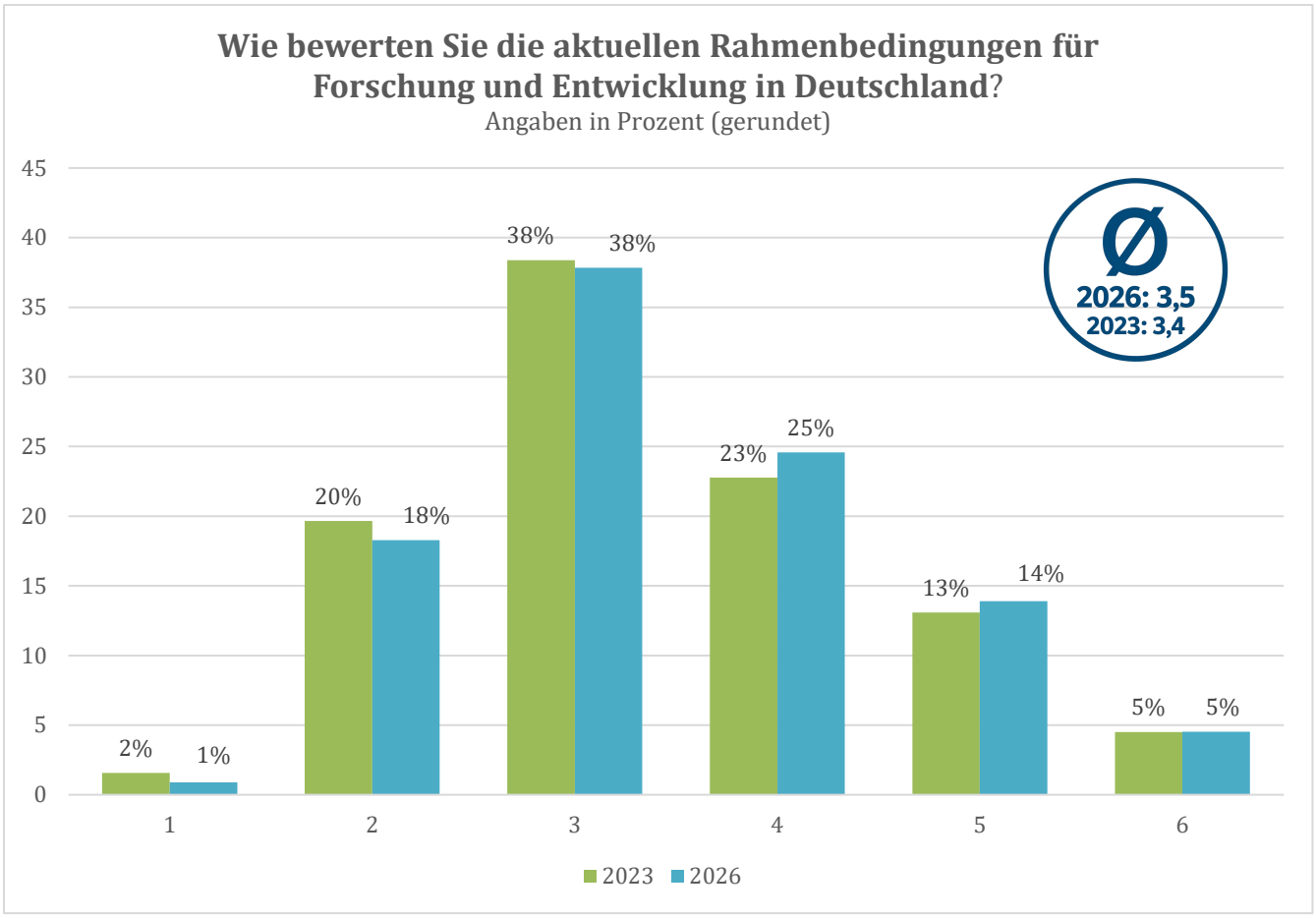


Abbildung 3: Bewertung der FuE-Rahmenbedingungen im Bund

Auch die Bewertung der Forschungs- und Entwicklungsbedingungen auf Bundesebene bleibt deutlich hinter den Anforderungen der Unternehmen zurück. Im Durchschnitt bewerten die Unternehmen die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung mit der Schulnote 3,5. Dies stellt eine leichte Verschlechterung gegenüber 2023 dar, als der Durchschnittswert noch bei 3,4 lag.

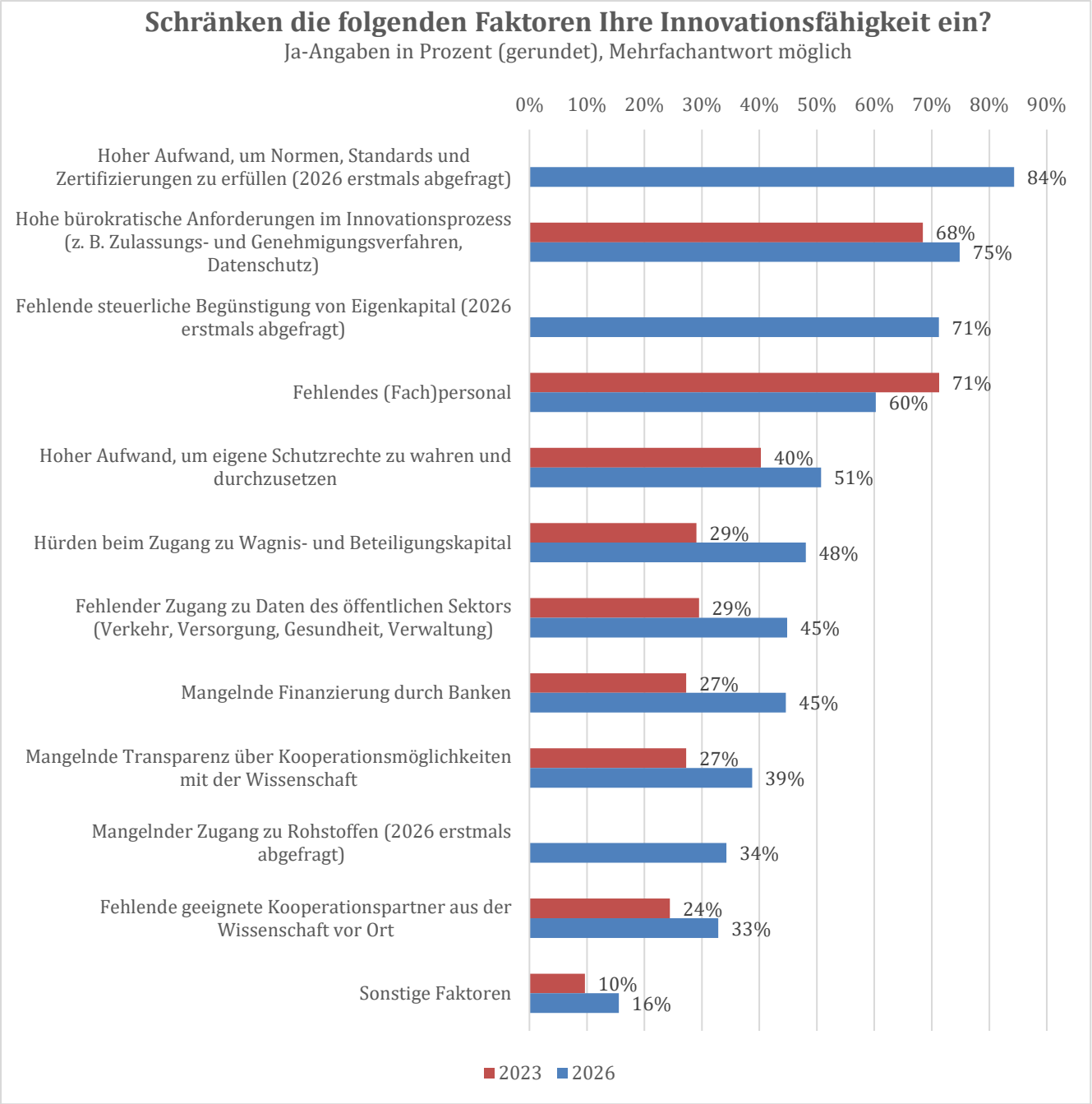


Abbildung 4: Auflistung der häufigsten Innovationshemmnisse

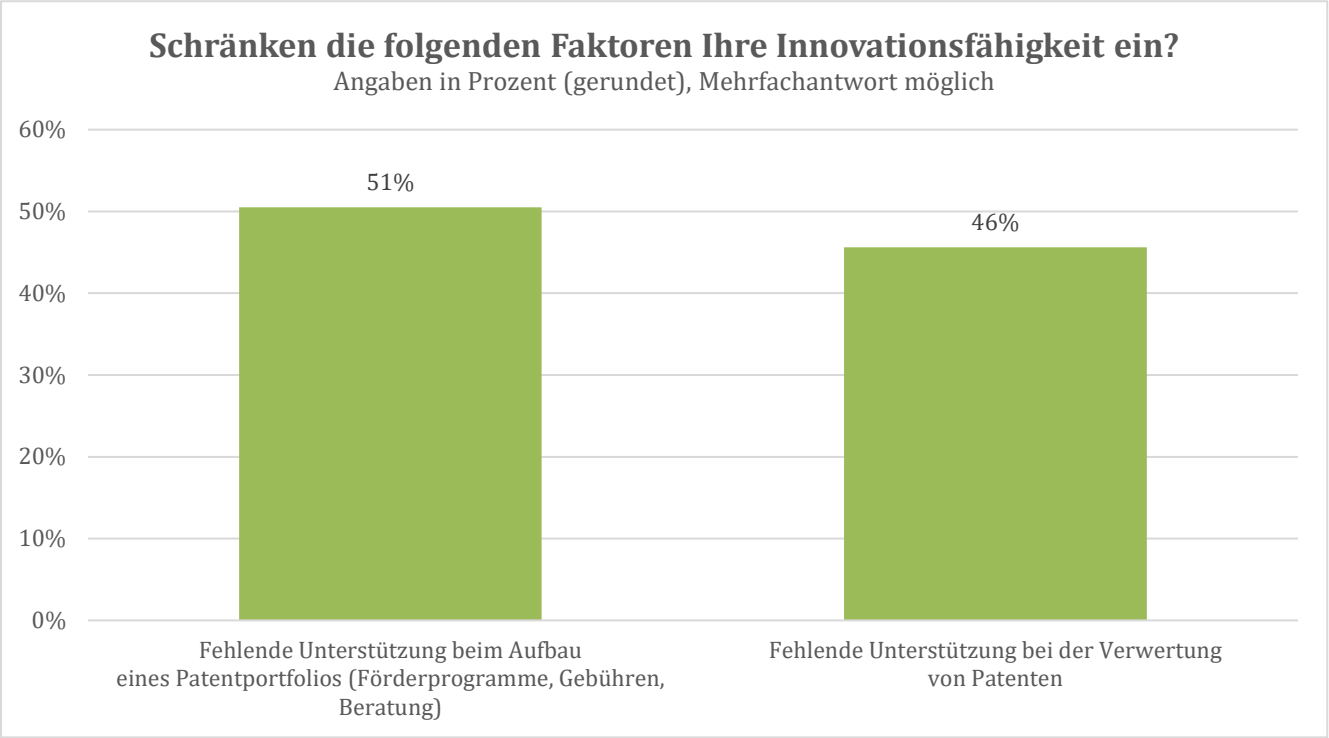
Der Blick auf die Faktoren, die den Innovationsprozess stören, zeigt deutlich auf, welche Hemmnisse zunehmend einschneidender wirken. Am stärksten sind dies regulatorische Hürden, Bürokratie und fehlende Ressourcen (Personal und finanzielle Mittel). Regulatorische Vorgaben werden noch häufiger sehr schlecht bewertet als 2023. Für über vier von fünf Unternehmen bindet der Aufwand, um Normen, Standards und Zertifizierungen zu erfüllen, Ressourcen und reduziert die eigene Innovationsdynamik. Insbesondere in den Branchen Ernährungsgewerbe (93 %), Informations-/Kommunikations-/IT-Dienstleister (93 %) oder Metallerzeugnisse (92 %) wird dieser Faktor als besonders innovationshemmend wahrgenommen.

In der betrieblichen Praxis wirken auch weiter zunehmend die hohen bürokratischen Lasten als Investitionshemmnis und schaden dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Insbesondere in der Bau- sowie Handelsbranche (jeweils 82 %) oder bei Unternehmen mit über 500 Mitarbeitenden (81 %) wirkt sich dies besonders stark aus. Auch die fehlende steuerliche Begünstigung von Eigenkapital, die 2026 erstmals abgefragt wurde, ist branchenübergreifend ein weit verbreitetes Innovationshemmnis. Daher sollte auch im Steuerrecht die Finanzierungsneutralität, also die Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital, Ziel sein. Dies sollte jedoch nicht zu einer Einschränkung des Zinsausgabenabzugs führen, da hierdurch das steuerliche Nettoprinzip verletzt würde.

Lediglich die Verfügbarkeit von (Fach-)Personal entspannt sich über die Zeit, aber betrifft dennoch drei von fünf Unternehmen. Insbesondere die Baubranche ist vom fehlenden Fachpersonal besonders intensiv betroffen (73 %). Die Entspannung ist aber eher ein Zeichen für die anhaltende Wirtschaftsschwäche als ein positives Signal für den Standort Deutschland.

Während durchschnittlich jedes dritte Unternehmen den mangelnden Zugang zu Rohstoffen als Innovationshemmnis nennt, sind es im Handel sowie im Bereich Chemie/Pharma jeweils fast doppelt so viele Unternehmen.

Abbildung 5: Gründe für den hohen Aufwand bei der Wahrung und Durchsetzung eigener Schutzrechte



Der Schutz eigener Ideen ist für innovative Unternehmen ein zentraler Wettbewerbsfaktor. Hohe Kosten, komplexe Verfahren und der Aufwand bei der Durchsetzung von Schutzrechten belasten Betriebe unnötig stark. Gefragt sind verständliche Beratungsangebote, effizientere Verfahren und eine verlässliche Unterstützung bei der Entwicklung und Verwertung von Patentportfolios. Jedes zweite Unternehmen nennt die fehlende Unterstützung beim Aufbau eines Patentportfolios als Grund für den hohen Aufwand bei der Wahrung und Durchsetzung eigener Schutzrechte. Schutzrechte entfalten erst dann ihren wirtschaftlichen Nutzen, wenn Unternehmen sie strategisch einsetzen und gegenüber Rechtsverletzungen wirksam verteidigen können.

Daher nennt knapp die Hälfte der Unternehmen hier auch die fehlende Unterstützung bei der Verwertung von Patenten als Grund für den hohen Aufwand.

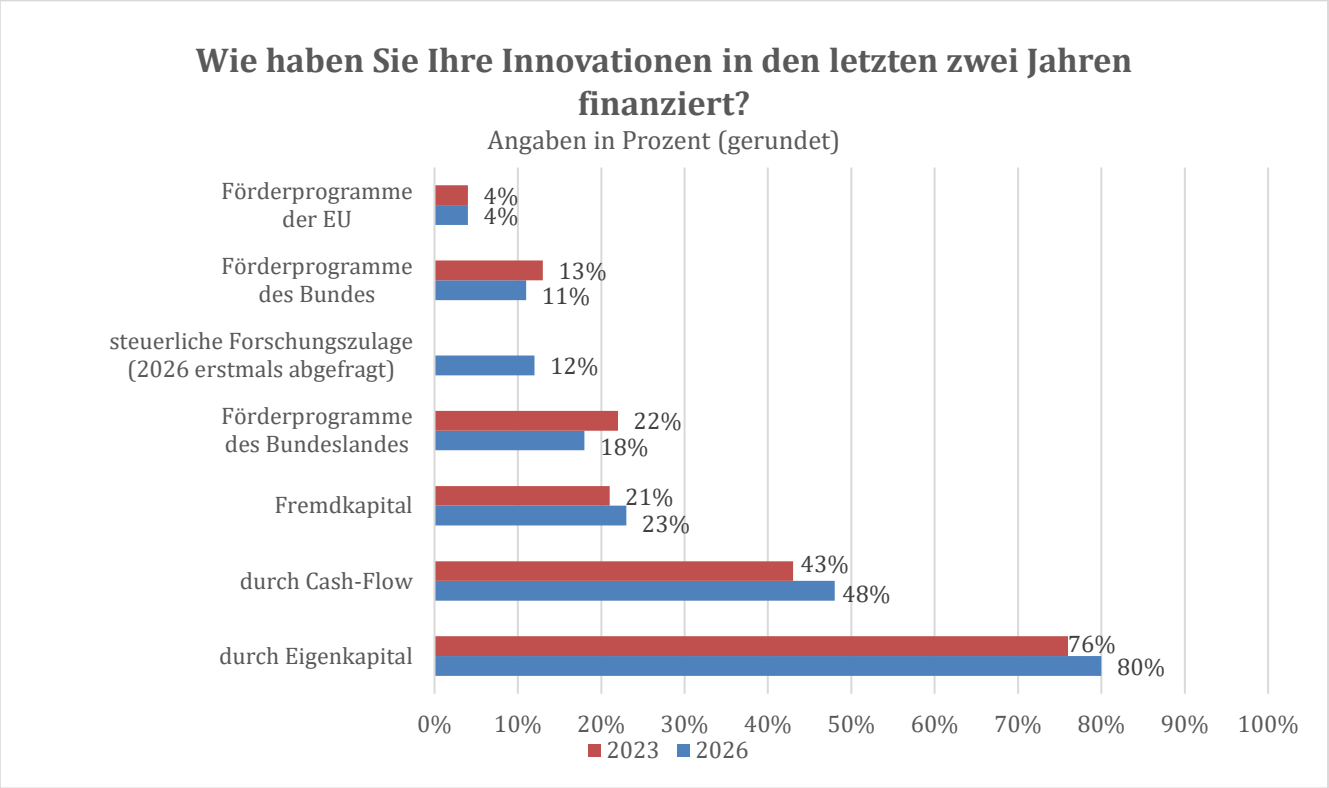


Abbildung 6: Finanzierung der Innovationsaktivitäten

Eigenkapital bleibt die wichtigste Finanzierungsquelle**:** Eine gesicherte Finanzierung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Unternehmen neue Ideen entwickeln und in marktfähige Produkte, Dienstleistungen oder Geschäftsmodelle überführen können. In den vergangenen zwei Jahren haben vier von fünf Betrieben ihre Innovationsvorhaben aus Eigenkapital finanziert.

Die Finanzierung aus dem laufenden Cashflow gewinnt wieder an Bedeutung: Nachdem der Anteil in den vergangenen Erhebungen kontinuierlich zurückgegangen war (2017: 51 %, 2020: 48 %, 2023: 43 %), steigt die Nutzung dieser Finanzierungsquelle wieder. Ein ausreichender Cashflow verschafft Unternehmen wichtige Spielräume, um Innovationsvorhaben flexibel umzusetzen. Zugleich bleibt diese Finanzierungsform unmittelbar von der Ertragslage abhängig und steht daher gerade in wirtschaftlich schwierigen Phasen nicht allen Betrieben gleichermaßen zur Verfügung.

Die steuerliche Forschungszulage wirkt, erreicht die Breite des Mittelstands aber noch nicht: Das Instrument kann betriebliche Forschung und Entwicklung wirksam unterstützen, setzt jedoch voraus, dass Unternehmen zunächst selbst in Vorleistung gehen. Gerade kleine Betriebe verfügen dafür häufig nicht über ausreichende finanzielle Spielräume. So nutzen lediglich 10 Prozent der KMU (1–249 Mitarbeitende) die Forschungszulage. Damit ihr Potenzial stärker ausgeschöpft wird, müssen Bekanntheit, Zugänglichkeit und praktische Nutzbarkeit insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen weiter verbessert werden.

Öffentliche Förderprogramme wurden in den vergangenen zwei Jahren anteilig weniger genutzt. Insbesondere EU-Förderprogramme spielen weiterhin nur eine geringe Rolle und bleiben auf einem sehr niedrigen Nutzungsniveau. Bei KMU haben sogar nur 3 % aller befragten Unternehmen ihre Innovationsaktivitäten durch die Förderprogramme der EU finanziert.

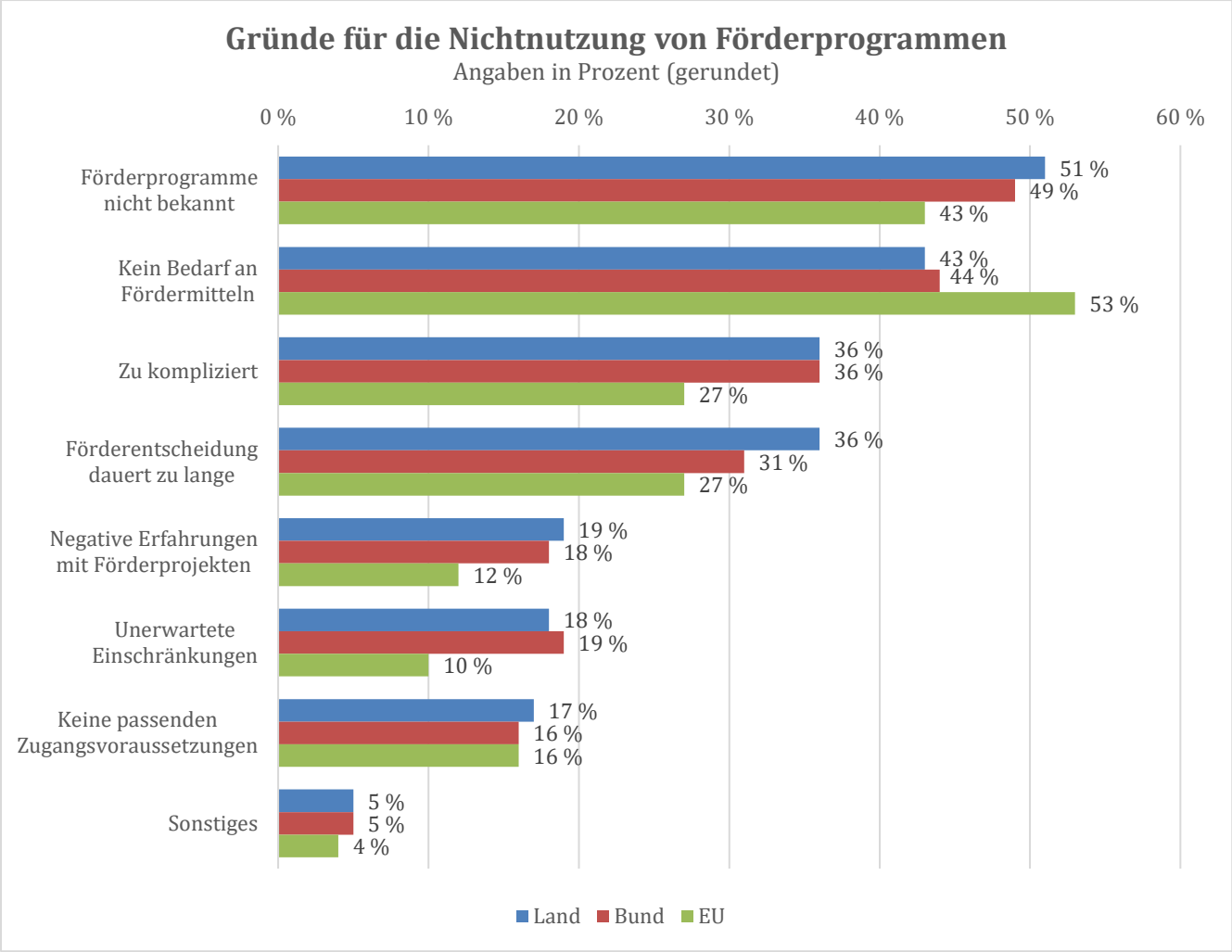


Abbildung 7: Gründe für die Nichtnutzung von Förderprogrammen von Bundesland, Bund und EU im Vergleich

Impulsgeber und Beschleuniger für Forschungs- und Entwicklungsprojekte können Forschungsförderprogramme sein. Damit sie ihre volle Wirkung entfalten können, müssen sie unbürokratisch und schnell funktionieren sowie sich auf nachvollziehbare Kriterien berufen. Komplexe Verfahren sorgen dafür, dass für viele Unternehmen die Förderprogramme der Länder, des Bundes oder der EU nicht für die betriebliche Praxis infrage kommen. Denn die Komplexität von Förderprogrammen bleibt eines der meistgenannten Probleme bei einer effizienten Nutzung. Auch die Unbekanntheit der verschiedenen Programme, insbesondere der EU-Förderprogramme, bleibt ein Haupthemmnis, insbesondere für KMU. Ebenfalls herauszuheben ist die Baubranche, bei der 63 % der Unternehmen angaben, dass die EU-Förderprogramme nicht bekannt waren. Der Anteil an Rückmeldungen zu unerwarteten Einschränkungen, die im DIHK-Innovationsreport 2023 erstmalig abgefragt wurden, steigt leicht an (+2

%). Hier wirken sich Förderstopps, Antragsstopps sowie weitere unerwartete Einschränkungen in der Förderlandschaft, beispielsweise beim Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), aus.

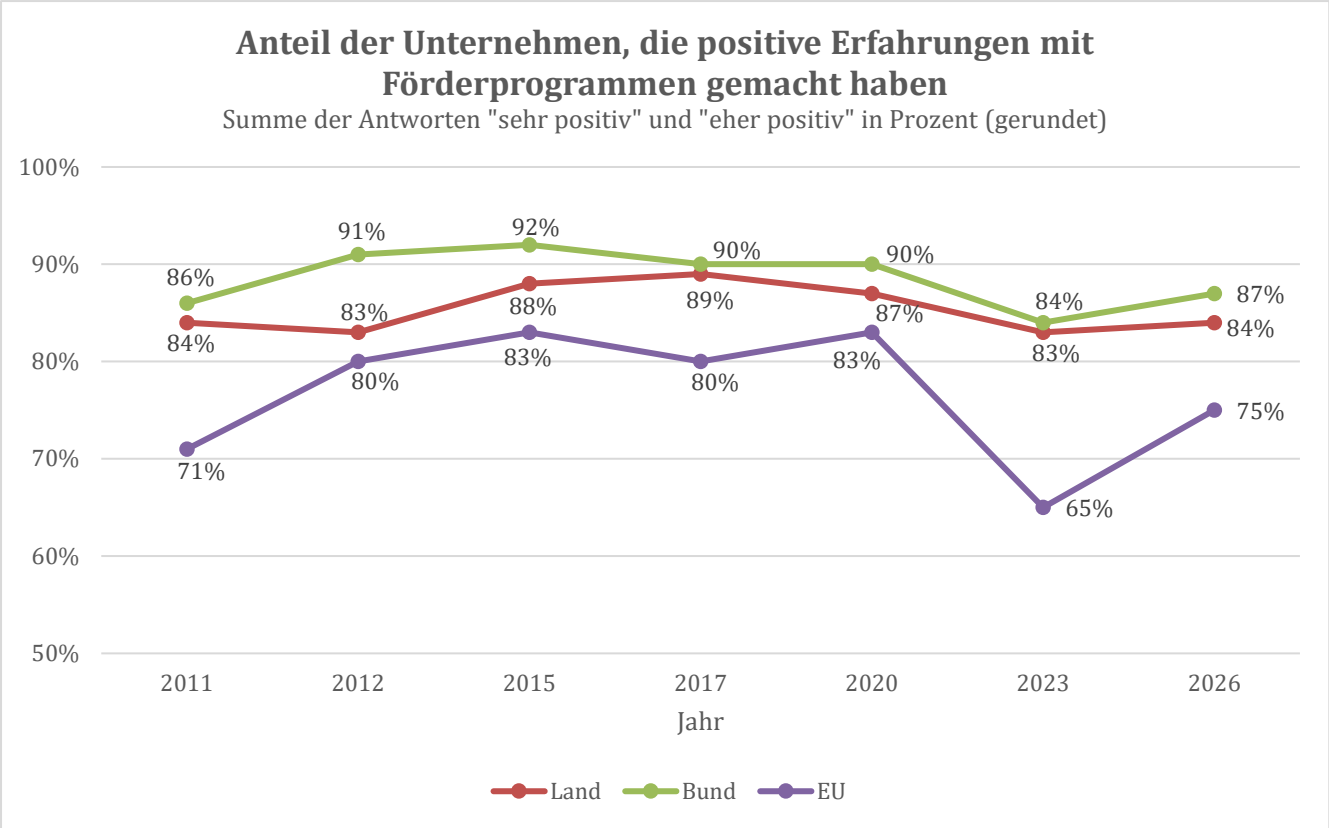


Abbildung 8: Anteil der Unternehmen, die positive Erfahrungen mit Förderprogrammen gemacht haben

Positiv ist, dass Unternehmen, die Förderprogramme nutzen, vielfach gute Erfahrungen machen. Insbesondere die Erfahrungen mit EU-Förderprogrammen haben sich in den letzten drei Jahren deutlich verbessert: So machen von zuvor zwei Dritteln der Unternehmen (2023) nun drei von vier Unternehmen positive Erfahrungen mit den Förderprogrammen der EU. Dabei bleiben sie jedoch hinter den Bewertungen von Bund (87 %) und Land (84 %) zurück, die sich ebenfalls gegenüber 2023 verbessern, wenn auch nur leicht. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus Abbildung 7 zur Bekanntheit von EU-Förderprogrammen lässt sich erkennen, dass die EU bei der Steigerung der Bekanntheit nachbessern sollte, um die überwiegend positiven Erfahrungen in die Breite zu bringen.

III. Weniger Schwung für künftige Innovationen

Die Planungen der Unternehmen für die kommenden zwölf Monate geben Aufschluss darüber, wie sich die Innovationsdynamik am Standort Deutschland entwickeln könnte. Viele Betriebe setzen ihre Aktivitäten zwar fort, bei wichtigen Maßnahmen wächst jedoch die Zurückhaltung.

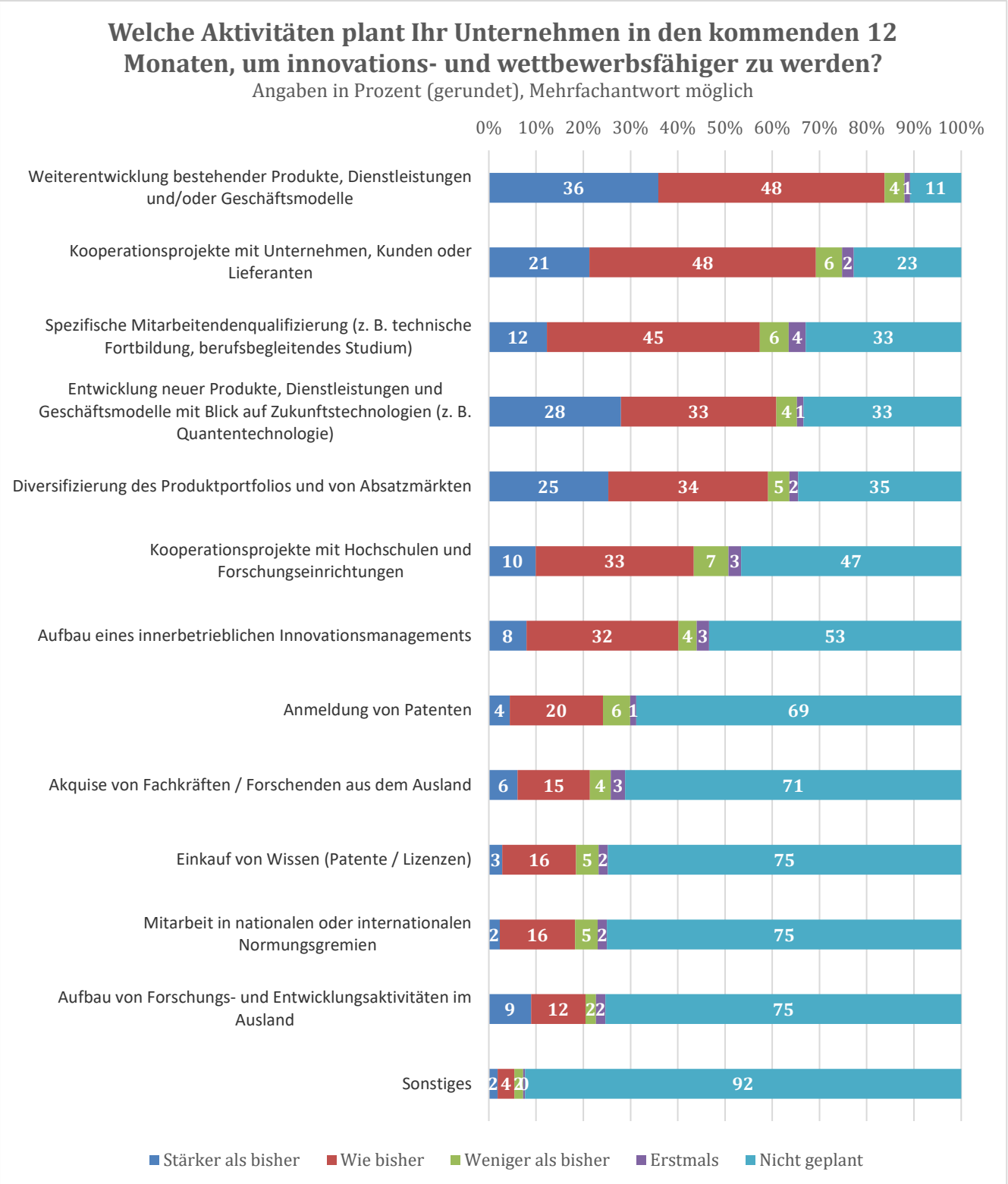


Abbildung 9: Liste der Innovationsaktivitäten in den kommenden 12 Monaten (absteigend sortiert)

Die Unternehmen setzen in den kommenden zwölf Monaten vor allem auf die Weiterentwicklung bestehender Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. 84 % wollen diese Aktivitäten mindestens im bisherigen Umfang fortführen, 36 % davon sogar verstärken. Auch Kooperationen mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen haben mit 69 % einen hohen Stellenwert.

Investitionen mit Blick auf Zukunftstechnologien erreichen bei der erstmaligen Abfrage direkt 61 %.

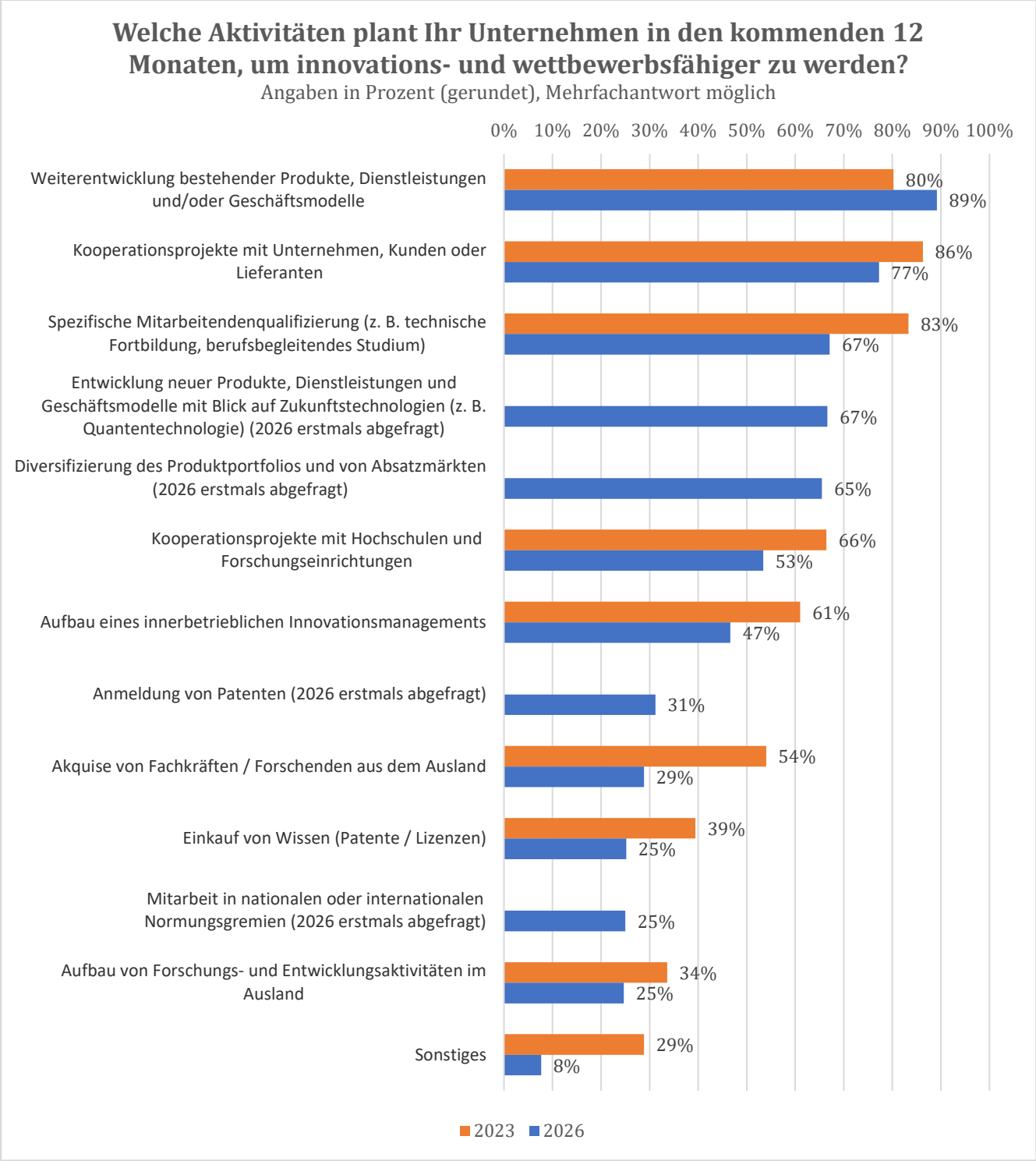


Abbildung 10: Liste der Innovationsaktivitäten in den kommenden 12 Monaten (absteigend sortiert)

Im Vergleich zu 2023 wollen die Unternehmen zahlreiche Innovationsaktivitäten seltener fortführen oder verstärken. Besonders deutlich ist der Rückgang bei der Akquise ausländischer Fachkräfte und Forschender. Der Anteil sinkt hier von 47 % auf 21 %. Auch die Mitarbeitendenqualifizierung verliert erheblich an Bedeutung und fällt von 78 % auf 57 %. Auch Kooperationsprojekte mit Kunden, Lieferanten und anderen Unternehmen gehen von 80 % auf 69 % zurück.

Eine Ausnahme bildet die Weiterentwicklung bestehender Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Hier steigt der Anteil von 72 % auf 84 %. Die Unternehmen bündeln ihre Aktivitäten im bestehenden Kerngeschäft. Mehr als die Hälfte aller Unternehmen plant, in die Diversifizierung des Produktportfolios und von Absatzmärkten zu investieren.

Die Innovationsaktivitäten werden selektiver. Während viele Kooperations-, Qualifizierungs- und Wissensaktivitäten zurückgehen, gewinnt die Weiterentwicklung des bestehenden Angebots deutlich an Gewicht. Damit droht ein schleichender Verlust an Innovationsfähigkeit: Betriebe verzichten nicht nur auf einzelne Projekte, sondern zunehmend auf Kompetenzen, Partnerschaften und Strukturen, die für künftige Innovationsvorhaben benötigt werden.

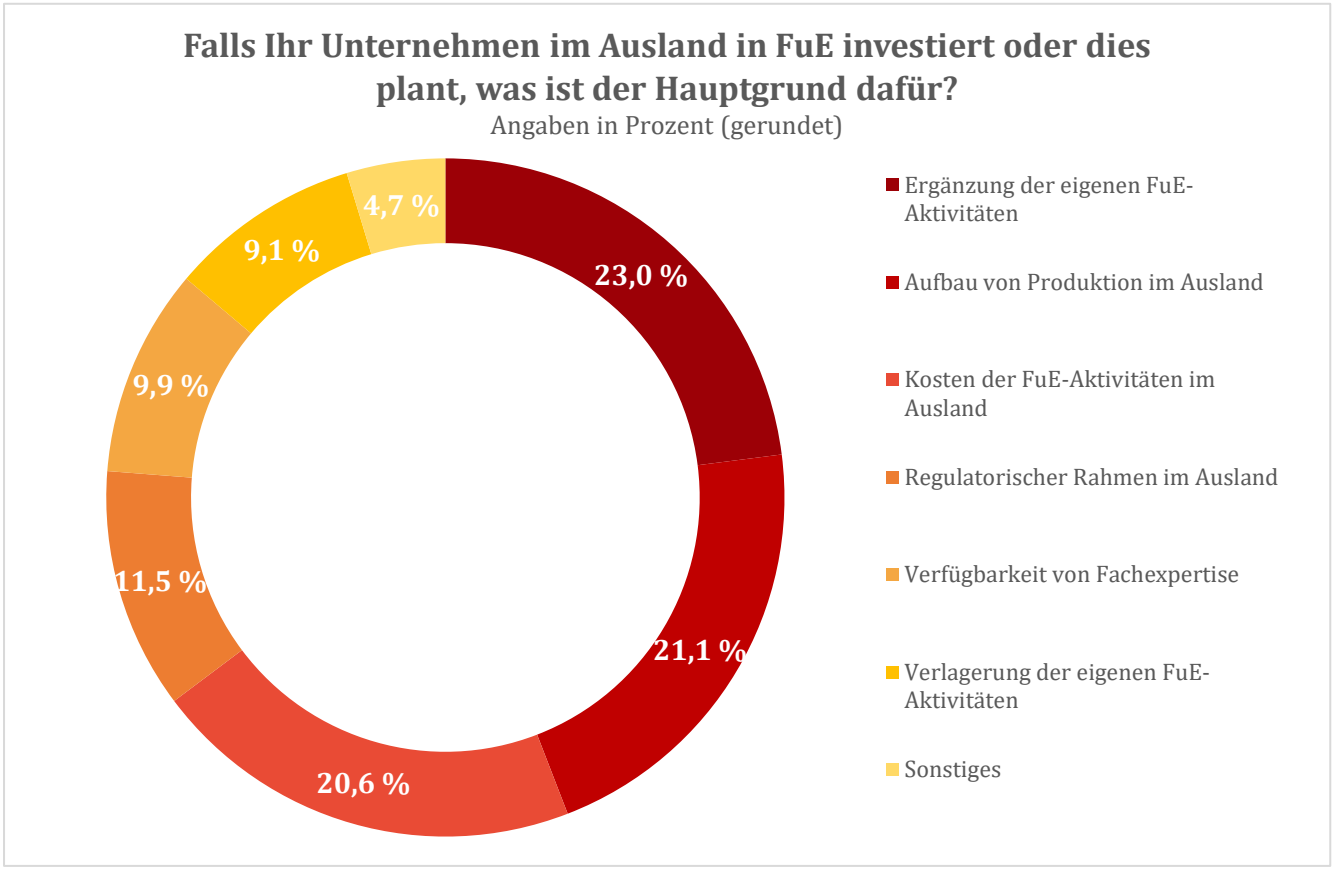


Abbildung 11: Hauptgründe für Verlagerung von FuE-Aktivitäten ins Ausland

Etwas unter der Hälfte der Unternehmen, die im Ausland in Forschung und Entwicklung investieren, tut dies primär zum Aufbau von Produktion oder zur Ergänzung der eigenen FuE-Aktivitäten. In der Bau- sowie Industriebranche gab mehr als die Hälfte der Unternehmen dies an. Damit könnte eine Markterschließung einhergehen. Die Investition ins Ausland kann als Reaktion auf attraktivere Faktoren im Ausland oder unattraktive Faktoren im Inland erfolgen. Jedes fünfte Unternehmen sieht die Kosten im Ausland für FuE-Aktivitäten als Hauptgrund für den Ausbau der FuE-Aktivitäten.

Fragebogen

DIHK-Umfrage zum Industrie- und Innovationsstandort Deutschland 2026

1a. Wie bewerten Sie die aktuelle **Wirtschaftspolitik der *Bundesregierung*** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

1b. Wie bewerten Sie die **Wirtschaftspolitik Ihrer *Landesregierung*** mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Ihrem Bundesland?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

2. Wie bewerten Sie mit Blick auf die **Wettbewerbsfähigkeit** des Industriestandorts Deutschland die folgenden **Standortfaktoren** im internationalen Vergleich?

Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („klarer Wettbewerbsnachteil“)

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Fachkräften						
Qualifikation von Fachkräften						
Steuerrecht (Komplexität / Praxistauglichkeit)						
Höhe der Steuern und Abgaben						
Höhe der Energiekosten						
Energieversorgungssicherheit						

	1	2	3	4	5	6
Verfügbarkeit von Primär- und Sekundärrohstoffen						
Ausmaß und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen						
Umweltschutzauflagen						
Qualität der Verkehrsinfrastruktur						
Qualität der digitalen Infrastruktur						
Verfügbarkeit von Gewerbe- und Industrieflächen						
Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren						
Finanzierungsmöglichkeiten für Unternehmen						
Vernetzung von Forschung / Hochschulen mit Unternehmen						
Umfeld für unternehmerische Innovationsaktivitäten (z.B. öffentliche Innovationsförderprogramme)						
Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen / Dienstleistern vor Ort						
Image der Industrie in der Gesellschaft						
Einstellung der Bevölkerung zu Großprojekten						
Einstellung der Bevölkerung zu neuen Technologien						
Rechtssicherheit						
Politische Unterstützung im globalen Wettbewerb/ Außenhandelsförderung						
Einhaltung zusätzlicher Rechtsvorschriften ggü. ausländischen Mitbewerbern (z.B. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)						

3a. Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen für Forschung- und Entwicklung **in Deutschland**?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

3b. Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen für Forschung- und Entwicklung in ***Ihrem Bundesland***?

Skala von eins („sehr gut“) bis sechs („ungenügend“)

1	2	3	4	5	6

4a) Schränken die folgenden Faktoren Ihre Innovationsfähigkeit ein?

	Ja, stark	Ja, schwach	nein, keine Einschränkung	Nicht relevant
Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess (z. B. Zulassungs- und Genehmigungsverfahren, Datenschutz)				
Fehlender Zugang zu Daten des öffentlichen Sektors (Verkehr, Versorgung, Gesundheit, Verwaltung)				
Hoher Aufwand, um eigene Schutzrechte zu wahren und durchzusetzen				
Hoher Aufwand, um Normen, Standards und Zertifizierungen zu erfüllen				
Hürden beim Zugang zu Wagnis- und Beteiligungskapital				
Mangelnde Finanzierung durch Banken				
Mangelnde Transparenz über Kooperationsmöglichkeiten mit der Wissenschaft				
Fehlende geeignete Kooperationspartner aus der Wissenschaft vor Ort				
Fehlendes (Fach)personal				
Fehlende steuerliche Begünstigung von Eigenkapital				
Mangelnder Zugang zu Rohstoffen				
Sonstiges (Freitext)				

4b) Sollten Sie in 4a *Hohe bürokratische Anforderungen im Innovationsprozess* angegeben haben, führen Sie bitte dies genauer aus (Freitext).

4c) Sollten Sie in 4a *Hoher Aufwand, um eigene Schutzrechte zu wahren und durchzusetzen* angegeben haben, spezifizieren Sie bitte.

	Schränkt Innovationsfähigkeit ein	Schränkt Innovationsfähigkeit nicht ein	Nicht relevant
Fehlende Unterstützung beim Aufbau eines Patentportfolios (Förderprogramme, Gebühren, Beratung)			
Fehlende Unterstützung bei der Verwertung von Patenten (Lizenzierung, Verkauf, Durchsetzung)			

5. Wie haben Sie Ihre Innovationen in den letzten zwei Jahren finanziert? (Mehrfachnennung möglich)

- durch Eigenkapital
- durch Cash-Flow
- durch Fremdkapital (insb. Kredite)
- durch die steuerliche Forschungszulage
- durch Förderprogramme von EU / Bund oder Land;

  Falls Ja: Wie waren Ihre Erfahrungen? (Bewertung jeweils für EU, Bund oder Land):
  sehr positiv / eher positiv / eher negativ / sehr negativ

  Falls Nein: Was waren die Gründe (Mehrfachantworten möglich) (für EU/Bund/Land)

	Förderprogramme waren nicht bekannt
	Kein Bedarf an Fördermitteln
	Antragstellung/ Abwicklung zu kompliziert
	Zeit bis zur Förderentscheidung zu lang
	Negative Erfahrungen mit Förderprojekten
	Kein Förderprogramm mit passenden Zugangsvoraussetzungen identifiziert
	Unerwartete Einschränkungen bei den Förderprogrammen (z. B. durch Antragsstopp, nachträgliche Anpassung von Förderbedingungen)

	Sonstiges (Freitext)

6a). Wie wird sich die Innovationsaktivität Ihres Unternehmens in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?

Wir planen keine Innovation-saktivitäten	geringere Innovationsaktivität	Keine Veränderung der Innovations-aktivität geplant	höhere Innovation-saktivität

6b) Welche Aktivitäten plant Ihr Unternehmen in den kommenden 12 Monaten, um innovations- und wettbewerbsfähiger zu werden?

	Erstmals	Wie bisher	Stärker als bisher	Weniger als bisher	Nicht ge-plant
Aufbau von Forschungs- und Entwick-lungsaktivitäten im Ausland					
Akquise von Fachkräften / Forschenden aus dem Ausland					
Spezifische Mitarbeitendenqualifizierung (z. B. technische Fortbildung, berufsbe-gleitendes Studium)					
Einkauf von Wissen (Patente / Lizenzen)					
Weiterentwicklung bestehender Pro-dukte, Dienstleistungen und/oder Ge-schäftsmodelle					
Entwicklung neuer Produkte, Dienstleis-tungen und Geschäftsmodelle mit Blick auf Zukunftstechnologien (z.B. Quanten-technologie)					
Anmeldung von Patenten					
Kooperationsprojekte mit Unternehmen, Kunden oder Lieferanten					
Kooperationsprojekte mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen					
Diversifizierung des Produktportfolios und von Absatzmärkten					

Aufbau eines innerbetrieblichen Innovationsmanagements					
Mitarbeit in nationalen oder internationalen Normungsgremien					
Sonstiges (Freifeld)					

6c) Falls Ihr Unternehmen im Ausland in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert oder dies plant, was ist der **Hauptgrund** dafür?

Ergänzung der eigenen FuE-Aktivitäten	
Verlagerung der eigenen FuE-Aktivitäten	
Verfügbarkeit von Fachexpertise	
Kosten der FuE-Aktivitäten im Ausland	
Regulatorischer Rahmen im Ausland	
Aufbau von Produktion im Ausland	
Sonstiges	

Angaben zum Unternehmen

Branchen

1.

Bau

Industrie => weiter mit 1.1

Handel

Dienstleistungen => weiter mit 1.2

1.1

Chemische und Pharmazeutische Industrie

Elektrotechnik

Energieversorgung

Ernährungsgewerbe

Fahrzeugbau

Glas, Keramik und Steinverarbeitung

Gummi- und Kunststoffindustrie

Maschinenbau

Medizintechnik

Metallerzeugnisse

Metallerzeugung und -bearbeitung

Papier- und Druckgewerbe

Textil, Bekleidung und Ledergewerbe

Sonstige Industrie

1.2

Industrienahe Dienstleister

Informations-, Kommunikations-, und IT-Dienstleister

Verkehr / Logistik

Sonstige industrienahe Dienstleister

Sonstige Dienstleister

Anzahl der Mitarbeitenden

1-49	50-99	100-249	250-499	über 500

Methodik

Die Umfrage hat vom 13. Juli bis zum 4. September 2026 mit Unterstützung der 79 Industrie- und Handelskammern stattgefunden. Deutschlandweit haben 2.320 Unternehmen an der Umfrage teilgenommen. Die Befragung hat zum siebten Mal stattgefunden, nach 2008, 2011, 2014, 2017, 2020 und 2023. Nach Unternehmensgrößenklassen verteilen sich die Antworten wie folgt: 1–49 Beschäftigte (62,4 %), 50–99 Beschäftigte (10,5 %), 100–249 Beschäftigte (11,5 %), 250–499 Beschäftigte (5,4 %), über 500 Beschäftigte (10,0 %).

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer
Bereich Energie, Umwelt, Industrie – Berlin 2026

Herausgeber und Copyright
© Deutsche Industrie- und Handelskammer
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel
Vertretung der Deutschen Industrie- und Handelskammer bei der Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon: +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet
www.dihk.de

Facebook
www.facebook.com/DIHKBerlin

X
http://x.com/DIHK_News

Redaktion
Lukas Ostertag, Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Sebastian Bolay

Layout Titelseite
Friedemann Encke

Bildnachweis
© Getty Images / Contributor / gorodenkoff, DIHK Stand Oktober 2026